

*Claudia Müller-Hoff*⁰

Frauenbefreiung als Antikriegsstrategie?

Wie eine Frauenorganisation im Krisengebiet Kolumbien gewaltfrei den Krieg bekämpft und den Frieden aufbaut

I.

Zur Geschichte des Konflikts in Kolumbien und zur aktuellen Problematik der Zivilbevölkerung im Konflikt

Kolumbien ist ein Land mit einer besonders gewaltvollen Geschichte. Seit den späten 60er Jahren, in denen, wie auch in anderen Weltregionen, linke Guerillagruppen¹ entstanden sind, ist der offene Konflikt nicht mehr abgebrochen. Neben den staatlichen Streitkräften gründeten sich illegale bewaffnete Gruppen zur „Selbstverteidigung“,² um die Interessen der Großgrundbesitzer und anderer politischer und wirtschaftlicher Eliten abzusichern. Demnach ist der Konflikt nicht nur ein militärischer sondern auch ein sozialer Konflikt. Es sind diese paramilitärischen Gruppen, die für die überwiegende Zahl der Tausenden von Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien verantwortlich gemacht werden. Mittlerweile sind auch weite Teile der legalen und illegalen Wirtschaftsstruktur sowie der Politik und staatlicher Institutionen paramilitärisch durchwirkt.

In zahlreichen Veröffentlichungen sind die unterstützenden Verbindungen zwischen Armee und anderen staatlichen Institutionen und den als „Autodefensas“ bezeichneten paramilitärischen Gruppen nachgewiesen worden.³ Das Büro der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte wird nicht müde, Jahr für Jahr den Abbau der Verbindungen zwischen paramilitärischen und militärischen oder staatlichen Strukturen und deren konsequente Bestrafung zu fordern.⁴

Die aktuelle Regierung unter Álvaro Uribe Velez verfolgt eine Doppelstrategie. Sie macht nicht nur

die militärische Aktion zum Gegenstand ihrer Politik, sondern auch eine Entpolitisierung oder diskursive Dekonstruktion des internen bewaffneten Konflikts: Die Situation in Kolumbien wird als Problem der inneren Sicherheit präsentiert, dem mit militärischen Maßnahmen zu begegnen ist. Diese Argumentation hat zur Folge, dass Humanitäres Völkerrecht und damit die Schutzbedürftigkeit der Zivilbevölkerung nicht anerkannt wird. Im Gegenteil: Die Kooperation mit den Streitkräften wird zur Bürgerpflicht erhoben. „Wer nicht mit mir ist, ist gegen mich.“ Es werden Bauernsoldaten ausgebildet, die in ihrer „Freizeit“ bewaffnete Schutzdienste ausüben. Die verarmte Landbevölkerung wird zur Lieferung von Informationen verpflichtet, bevor sie in Subventionsprogramme aufgenommen wird. Wer nicht bereit ist, zu „kooperieren“, steht in der Gefahr, als Kollaborateur der Guerrilla verfolgt zu werden. Der Konflikt wird so in die Zivilbevölkerung hinein getragen. Es ist fast unmöglich, gegenüber den Auseinandersetzungen zwischen Guerrilla, Paramilitärs und Militärs neutral zu bleiben. Die Militarisierung der Gesellschaft und soziale Kontrolle durch illegale Akteure schürt Feindschaften und Misstrauen, das soziale Gewebe wird zersetzt; soziale Bewegungen sterben ab, die Gesellschaft erleidet eine demokratische Verarmung, die wiederum die Aufrechterhaltung der sozialen Ungleichheit möglich macht.

Laut Verfassung ist Kolumbien ein demokratischer Rechtsstaat. Tatsächlich ist die Straflosigkeit jedoch notorisch sehr hoch. Sie erreicht sogar bei politischen Verbrechen gegen bestimmte soziale Sektoren mehr als 90 %⁵ und damit einen systematischen

0 Die Autorin arbeitet mit Peace Brigades International (PBI), einer internationalen Nichtregierungsorganisation, die in Kolumbien und anderen Ländern unbewaffnete Schutzbegleitung für bedrohte MenschenrechtsaktivistInnen anbietet. (www.peacebrigades.org)

1 Bekannt sind heute noch die FARC, die „Revolutionären Bewaffneten Kräfte Kolumbiens“, und das ELN, das „Nationale Befreiungsheer“.

2 International Crisis Group, Colombia: Negociar con los paramilitares ICG Informe sobre América Latina N°5, 16. September 2003, S. 2.

3 Zum Beispiel: Human Rights Watch, „Columbia's Killer Networks“, Washington, 19996, und „Columbia: The Sixth Division“, Washington, 2001; Amnesty International, „Paramilitaries: 'Disappearances' and Impunity“, London, 1998; Defensoria del

Pueblo, IV „Informe del Defensor del Pueblo al Congreso“ Bogotá, 1994.

4 Zuletzt in: Bericht der Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen über die Situation der Menschenrechte in Kolumbien, Februar 2008, Empfehlung Nr. 94 d), Dokument A/HRC/7/039; desgleichen für 2007, März 2007, Empfehlung para. 118, Dokument A/HRC/4/48; und für 2006, Januar 2006, Empfehlung Nr. 19, Dokument E/CN.4/2006/9.

5 Offener Brief an den kolumbianischen Minister für Soziale Sicherheit, 26. Juli 2006, Index AI: AMR 23/026/2007; weiter Illustration des Problems: Bericht der Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen vom März 2007 (a.a.O. Fn.4, para. 2.8), wo im Zusammenhang mit dem Demobilisierungsprozess auf die besonderen Risiken der Straflosigkeit hingewiesen wird; Amnesty International, Colombia – impunidad de

Charakter. So wird die Anklage von Misständen wirkungslos und der Status quo – eine Situation der sozialen Ungleichheit, des Krieges und massiver Menschenrechtsverletzungen – konsolidiert.

Der Staat wird sowohl durch systematische Untätigkeit als auch im Rahmen des bewaffneten Konflikts durch aktives Handeln selbst zum Verletzer von Menschenrechten, zum Nachteil der benachteiligten sozialen Gruppen. Er verliert seine Neutralität, wird zum parteilichen Akteur in einem sozialen Konflikt.

II.

Die Situation der Frauen im Konflikt

Die Situationen von Frauen in diesem Konflikt sind vielfältig. Frauen sind Mütter und Partnerinnen von Soldaten, Mütter von Paramilitärs, Mütter von Guerrilleros. Frauen sind Opfer von sexueller Gewalt, häuslicher oder kriegsgerichteter Gewalt, Opfer von Vertreibung. Mädchen sind in der Gefahr zwangsrekrutiert zu werden für sexuelle oder Informatikdienste.

Frauen sind Haushaltsvorstände, Frauen sind oft die Alleinverdienerinnen in der Familie. Frauen sind auch Geliebte. Geliebte sein heißt oft: Kollaborateurin des Feindes sein und militärisches Ziel werden. Frauen werden Opfer von „sozialer Säuberung“ als Huren, als Drogenabhängige, als Lesben, als Obdachlose. Frauen sind manchmal auch Paramilitärs oder Guerrilleras.

Frauen sind meistens arm, doch manche Frauen sind auch Mitglied der politisch-wirtschaftlichen Elite. Als solche haben Frauen Einfluss und Macht – und werden auch zu Entführungsoptionen der Guerrilla.

Frauen organisieren sich gegen Vertreibung, gegen Entführung, gegen Verschwindenlassen, gegen Straflosigkeit, für den Frieden auf dem Verhandlungsweg, für den Schutz der Zivilbevölkerung, für den Schutz von Zeugen, für den Zugang zu Land. Frauen sind Rechtsanwältinnen, die Präzedenzfälle vor höchsten und internationalen Gerichten erstreiten.

Yolanda Becerra, Direktorin der Frauenbasisorganisation Organización Femenina Popular (OFP) sagt: „Wir alle sind Akteurinnen im Krieg; und wir müssen Akteurinnen im Frieden werden.“

Die Organisation OFP arbeitet in Barrancabermeja und den umliegenden Gemeinden der Region Magdalena Medio in Zentralkolumbien. Mit ihren wichtigen Erdöl-Reserven ist die Region ein Konflikttherd. Die Zivilbevölkerung gerät täglich zwi-

schen die Fronten – zahlreiche ungesühnte Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts sind die Folge. Nach jahrelangem Krieg „geringer Intensität“ hat sich die paramilitärische Kontrolle auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene verfestigt. Gewalt erscheint heute weniger in militärischer als stärker in institutionalisierter Form. In den Außenbezirken von Barranca, wo viele Vertriebene und arme Menschen wohnen, herrschen Angst und Terror: nachts sind es die illegalen Ausgangssperren, Zwangsrekrutierungen, „sozialen Säuberungen“, tagsüber die sichtbare Präsenz unbewaffneter aber bekannter Paramilitärs, die dafür sorgen, dass soziale Netzwerke zerstört werden: Wo die extreme Armut eigentlich notwendig macht, dass die Menschen zusammenhalten und sich gegenseitig helfen, habe ich oft totale Anonymität beobachten können – jeder misstraut jedem.

Auch viele soziale Organisationen, insbesondere die Gewerkschaften, haben ihre Arbeit einstellen oder einschränken müssen, weil sie bedroht, ihre Führungsfiguren ermordet wurden oder ins Exil fliehen mussten. Wenn die USO, die einst größte unabhängige Gewerkschaft des Landes zu einer Demonstration

aufruft, wagen sich nur mehr ein paar Dutzend versprengter Aktivisten-Veteranen auf die Straße.

Auch die OFP ist seit Jahren Opfer von Bedrohungen und Aggressionen. Am 4. November 2007 wurde Yolanda Becerra von zwei bewaffneten Männern in Zivil in ihrer Wohnung überfallen und 15 Minuten lang mit einer Schusswaffe bedroht mit den Worten: „Du hast 48 Stunden um zu verschwinden; wir werden deine Familie ausschalten und du wirst uns auch nicht entwischen.“⁶

III.

Frauen im Widerstand

1. Selbstverständnis und Konfliktanalyse

Trotz der Bedrohungen kann die OFP bereits ihren 35. Geburtstag feiern. Sie beschreibt ihre Arbeit und sich selbst als Prozess der Organisation, der Ausbildung und Mobilisierung von Frauen zur Verteidigung ihrer Rechte. Frauen sollen sich als autonome Subjekte, als Rechtssubjekte und als politische Subjekte selbst konstruieren. Ausgangspunkt ist der Widerstand gegen alle Formen von Gewalt, denen die Frauen im Alltag ausgesetzt sind. Ihr Ziel ist die Transformation der Lebensrealität.⁷

In einem Land und einer Region, in denen seit Jahrzehnten Krieg und Unterdrückung den Alltag bestimmen, hat sich die OFP als Förderin einer Kultur gegen den Krieg profiliert. Die OFP arbeitet, wie sie sagt, nicht für den Frieden, sondern gegen den Krieg. Warum? Was ist der Unterschied? Die OFP sagt:

Para las mujeres, la paz no se decreta, se construye con actos de voluntad política que generen procesos de reconocimiento mutuo.

Für uns Frauen gilt, dass der Frieden nicht von oben diktiert werden kann, sondern durch jeden und jede mit politischem Willen und in Prozessen konstruiert werden muss, die jeden und jede als Subjekt und Akteur/in anerkennen.

Auf die Frage, warum dies nicht für jedermann, sondern nur „für Frauen“ gelte, antwortet Yolanda Becerra: „Die Konstruktion des Friedens muss mit den

Männern, mit allen Akteuren stattfinden, aber das Konzept Frieden von uns Frauen ist ein anderes als der Frieden, von dem die Männer sprechen. Denn wir erleben und verarbeiten den Krieg anders. Wir sind alle Akteure und Akteurinnen im Krieg. Und aus unserer eigenen Erfahrung heraus als Frauen müssen wir uns als autonome Akteurinnen des Friedens konstruieren; unser Beitrag muss sich dann in ein ausgeglicheneres gesamtgesellschaftliches Friedenskonzept integrieren, in dem alle repräsentiert sind. Für uns gilt, dass vom Frieden sprechen immer auch heißt, die Lebensrealitäten der Menschen anzuerkennen. Wir benennen die Ursachen des Konflikts.“⁸

Damit antwortet die OFP auf den Friedensdiskurs der Regierung, der Militärs, der demobilisierten (und teilweise wiederbewaffneten) Paramilitärs und deren sozialer Organisationen, die unablässig vom Frieden sprechen und all ihre Handlungen dadurch rechtfertigen, dass sie dem Frieden dienen. Das gilt für die Terrorismusbekämpfung ebenso wie für Steuererhöhungen, das gilt für Produktivprojekte, die die demobilisierten Kämpfer wiedereingliedern, aber zugleich Umweltzerstörung und Landraub provozieren.

Für die Frauen der OFP bedeutet diese „Verteidigung des Friedens“, dass ihre Familien zerstört, ihre Kinder geopfert, ihr Hab und Gut geplündert und sie selbst vertrieben wurden. Der bewaffnete Kampf in Kolumbien reduziert sich heute, nach Jahrzehnten, fast ausschließlich auf Territorialkontrolle und Kontrolle des Drogengeschäfts, war aber ursprünglich veranlasst durch eine Rebellion gegen den Status quo der Ungleichheit, Unterdrückung und Rechtlosigkeit. An dieser sozialen Situation hat sich nichts grundsätzlich geändert, im Gegenteil, durch den Krieg hat sich die Armut und Rechtlosigkeit weiter ausgebreitet und vertieft. Mittlerweile gibt es fast 4 Millionen Vertriebene in Kolumbien; ca. 70 % der Bevölkerung leben in Armut und der Staat definiert das gesetzliche Mindesteinkommen in einer Höhe, die gerade einmal ein Drittel der Grundbedürfnisse einer Familie deckt.

Die OFP sagt:

6 Amnesty International, Urgent Action: „Temor por la Seguridad/Amenazas de Muerte, Index AI: AMR 23/042/2007, 6. November 2007

7 „Somos proceso de organización, formación y movilización popular de mujeres de base, defensoras de los Derechos Humanos Integrales, que nos asumimos como sujetas políticas de derecho y construimos proyectos de vida digna a partir de la resistencia frente a todas las formas de violencia (económica, social, cultural, civil y política). Nos proponemos la defensa de la vida y los derechos humanos integrales, reivindicando y vindicando los derechos de la mujer, quién como sujeta política eleve su conciencia de género y de clase, transforme su realidad social y reconstruya el tejido social a partir de sus propias acciones cotidianas civilistas y autónomas.“ (Wir sind Prozess der Organisation, Ausbildung und Mo-

bilisierung von sozial benachteiligten Frauen, Verteidigerinnen der integralen Menschenrechte, die wir uns als politische Subjekte im Recht sehen und die wir Projekte würdigen Lebens konstruieren, ausgehend vom Widerstande gegen alle Formen der Gewalt (wirtschaftliche, soziale, kulturelle, zivile und politische). Wir nehmen uns die Verteidigung des Lebens und der integralen Menschenrechte vor, wir verteidigen und fordern die Rechte der Frau, die als politisches Subjekt ihr Bewußtsein von Geschlecht, und von Klasse ausbilden soll, ihre soziale Realität verändern und das soziale Netz rekonstruieren soll, ausgehend von ihrem eigenen zivilen und autonomen Handeln im Alltag.), www.ofp.org.co

8 Interview der Autorin mit Yolanda Becerra, 8. Mai 2008

Las mujeres le apostamos a una paz con justicia social. Sin hambre, sin desempleo, sin miseria, donde nuestra realidad social pueda ser transformada. Für uns Frauen bedeutet Frieden soziale Gerechtigkeit, ohne Hunger, ohne Arbeitslosigkeit, ohne Armut, in der unsere soziale Wirklichkeit verändert sein wird.

Frieden ist also nicht der Sieg über den Feind, sondern Frieden ist untrennbar mit der Transformation der sozialen Verhältnisse verbunden, durch jeden und jede einzelnen als AkteurIn und als autonomes Subjekt.

Exkurs: Die offizielle Friedenspolitik der Regierung und die Kritik seitens der ‚Bewegung der Opfer‘

Demgegenüber konzentriert sich die Regierungslösung auf einen Demobilisierungsprozess⁹ der paramilitärischen Blöcke und auf die Durchführung „verkürzter“ Strafverfahren mit Höchststrafen von 8 Jahren Freiheitsentzug. Diese sind auch für schwerste Menschenrechtsverletzungen, wie Massaker oder massenhafte Vertreibungen vorgesehen. Erst kürzlich hat die Regierung obendrein der Auslieferung der wichtigsten (demobilisierten) paramilitärischen Anführer wegen Drogendelikten in die USA zugestimmt. Hierdurch wird die effektive Beteiligung der Opfer und vollständige Aufklärung des Geschehenen verunmöglicht.

Es besteht eine von Regierungsseite etablierte Nationale Kommission für Wiedergutmachung und Versöhnung (Comisión Nacional de Reparación y Reconciliación (CNRR)), die schon mit ihrem Titel deutlich macht, dass weder Wahrheit noch Gerechtigkeit im Zentrum ihres Auftrages stehen. Um es zu keiner öffentlich wirksamen Auseinandersetzung kommen zu lassen, bietet die Regierung auf dem Verwaltungswege den Opfern als Ausgleich eine pauschale Entschädigung an.

Demgegenüber haben sich mehr als 200 Nichtregierungsorganisationen in der Nationalen Opferbewegung gegen die Verbrechen des Staates MOVICE (Movimiento Nacional de Víctimas de Crímenes del Estado) zusammengeschlossen. Dieser Zusammen-

schluss wendet sich im Kern dagegen, dass mit dem Demobilisierungsprozess nicht die Frage der staatlichen Verantwortlichkeit für das Entstehen, die Unterhaltung und das Handeln der paramilitärischen Truppen gestellt wird. Solange dies nicht geschieht, kann, so MOVICE, auch nicht von einer Postkonfliktphase gesprochen werden. Die OFP teilt diese Analyse des Konflikts und die Haltung zu der CNRR. MOVICE tritt für die Rechte der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung¹⁰ ein.

Was bedeutet „Gerechtigkeit“ für die Menschenrechtsorganisationen in Kolumbien? Auf der Internetseite der MOVICE findet man keine Definition des Begriffs.¹¹ In persönlichen Gesprächen erfuhr ich, dass die einen das Strafmaß für entscheidend halten, andere erwarten eine politische Verurteilung des Geschehenen oder halten die Bestrafung verantwortlicher staatlicher Akteure für unabdingbar. Gemeinsam ist den verschiedenen Positionen, dass Gerechtigkeit zugleich eine Garantie der Nicht-Wiederholung beinhalten muss und dass ihr eine vollständige Wahrheitssuche vorangehen muss.

2. Die Arbeit der OFP

Als Reaktion auf die paramilitärische Machtnahme in Stadt und Region setzte die OFP – anders als andere Organisationen, die sich zurückziehen mussten – auf Expansion: Sie gründete immer mehr Frauengruppen und Projekte in den Gemeinden der Region. Sie sagt:

La defensa del territorio para ser habitado y disfrutado por las y los civiles es uno de nuestros pilares en la reivindicación de la vida digna.

Die Verteidigung des Territoriums für die Nutzung durch die Zivilbevölkerung ist fundamental für die Verteidigung der Menschenwürde.

Die geografische Ausbreitung der OFP ist nicht nur eine Erfolgsstory, sondern auch ein Antikriegs-Projekt der physischen Rückeroberung paramilitärisch besetzter Gebiete. Die OFP verteidigt Territorium, das heißt, zivilen Raum, sozialen Raum und damit auch wirtschaftlichen und politischen Raum. Ihre Strategie ist vielschichtig und orientiert sich an zwei fundamentalen Linien: (1) die Frauen zu befähigen,

9 International wird als Erfolg gewertet, dass unter der Regierung Alvaro Uribe Velez im Zeitraum seit 2003 bis ca. 2006 zahlreiche paramilitärische Blöcke, insgesamt über 31.000 und damit weit mehr als die bis dahin bekannten ca. 18.000 Kämpfer demobilisiert wurden sowie eine weitaus geringere Anzahl Waffen übergeben haben. Kritiker gehen davon aus, dass viele Kämpfer erst zu Zwecken der Demobilisierung rekrutiert wurden, um so die Zahl der wirklichen Kämpfer, die den Dienst an der Waffe aufgaben, zu verdunkeln. Die ganz überwiegende Zahl der Demobilisierten, ca. 28.000 wurde amnestiert, während die Anführer sowie Personen mit anhängigen Strafprozessen wegen Paramilitarismus-Delikten nach dem so genannten „Gesetz für

Gerechtigkeit und Frieden“ (Ley 975 (2005)) zumindest mit erheblichen Strafmilderungen rechnen können.

10 Vgl. etwa: Grundprinzipien und Leitlinien betreffend das Recht der Opfer von Verletzungen internationaler Menschenrechtsnormen oder des Humanitären Völkerrechts auf Rechtsschutz und Wiedergutmachung, Dokument E/CN.4/2000/62 der UN Menschenrechtskommission vom 18. Januar 2000; Resolution 2005/81 zur Straflosigkeit sowie Resolution 2005/66 zum Recht auf Wahrheit, beide im Dokument E/CN.4/2005/L.10/Add.17 der UN Menschenrechtskommission vom 20./21. April 2005; zum Weiterlesen: <http://www.derechos.org/nizkor/impu>

11 <http://www.movimientodevictimas.org> (mehrsprachige Webseite, auch in deutsch verfügbar)

in Autonomie Widerstand zu üben und ihre Rechte zu verteidigen, und (2) und darauf aufbauend: Raum und Bedingungen zu schaffen, damit Frauen soziale Netzwerke knüpfen können.

Man könnte sagen: Die Befreiung der Frau ist eine Antikriegsstrategie. Oder umgekehrt: Der Antikriegskampf steht im Dienst der Frauenbefreiung.

Wie schafft es die OFP, diesen zivilen Raum zurückzuerobern? Die Direktorin Yolanda Becerra kommentiert dazu folgendes: Am Anfang steht die Herstellung der Autonomie, als Subjekt und als Gruppe. Autonomie ist der Ausgangspunkt für eine politische Definition: Was sind die Rechte, was sind die Bedürfnisse und Interessen, die wir verteidigen müssen? Diese Definition schafft Identität und politische Autorität, die nicht unterwandert werden kann. Eine Gruppe, die sich durch jedes ihrer Mitglieder ihre politische Identität selbst konstruiert, ist nicht verwundbar gegen Infiltration.

Im Rahmen der Frage nach dem Subjekt sollte nicht unerwähnt bleiben, welche zentrale Stellung das Konzept der „Mutter“ für die OFP einnimmt, wenn es darum geht, ihrer Stimme Autorität und moralisches Gewicht zu verleihen. So sagt die OFP:

*No parimos ni forjamos hijos e hijas para la guerra
Wir gebären und erziehen keine Kinder für den Krieg.*

Es ist dies ein Dekret für sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung als Antikriegsparole.

*No podemos aceptar que el gobierno y los actores armados sigan justificando la guerra, porque son nuestros hijos e hijas quienes mueren todos los días.
Wir werden nicht akzeptieren, dass man den Krieg rechtfertigt, denn es sind unsere Kinder, die Tag für Tag geopfert werden.*

Das Argument hat Überzeugungskraft, für die Frauen selbst und über ihren Kreis hinaus. Zwar ist der Gebrauch des Mutterkonzepts zum Zwecke moralischer Schützenhilfe nicht neu, sondern in zahlreichen Kontexten nationaler Konflikte sowohl aus dominanter wie aus widerständiger Perspektive aufgegriffen worden. Die OFP nutzt das Konzept – meiner Ansicht nach – jedoch nicht als ideologisches, nicht einmal als identitätsstiftendes, sondern als taktisches Moment. Die konkrete Arbeit der OFP ist eine Arbeit von und für Frauen, die OFP ist keine Mütterorganisation, sondern eine Frauenorganisation, deren Arbeit durch verschiedene Programme geprägt ist, von denen einige im Folgenden vorgestellt werden.

Das Programm für Ernährungssicherheit

Im Zentrum des Programms stehen die Volksküchen, die in den Frauenhäusern der OFP stattfinden. Zugang hat jedermann, der keine Waffen trägt. Ge-

boten wird eine warme Hauptmahlzeit zu günstigen Preisen. Auch bieten Volksküchen Frauen die Möglichkeit, einer Arbeit nachzugehen und ihre Kinder versorgt zu wissen. Die Frauenhäuser, in denen die Volksküchen stattfinden, sind innen und außen mit Plakaten und Graffiti als politische Räume gekennzeichnet. Ein Frauenhaus ist Ausdruck einer bestimmten politischen Idee, die die Gewaltfreiheit und den Schutz ziviler Räume, sowie die Solidarität unter Frauen in den Vordergrund stellt.

In diesen Frauenräumen werden auch Kurse für Frauen angeboten, die ihnen helfen, sich selbständig ein Einkommen zu erwirtschaften und nicht mehr von den illegalen Wirtschaftszweigen, die den Brennstoff für den Gewaltkonflikt liefern, abhängig zu sein, wie etwa dem Benzinschmuggel, Drogenhandel und der Prostitution. Andere Veranstaltungen dienen der politischen Schulung; es werden Diskussionen und Workshops zu Themen wie der Situation der Vertriebenen – viele der Frauen sind selbst mehrfach Vertriebene –, Menschenrechte, Frauenrechte und Diskriminierung, aber auch zu Fragen der sexuellen Gesundheit, Erziehungsfragen oder Mediation in familiären oder nachbarschaftlichen Auseinandersetzungen abgehalten.

Das Programm für die Ausbildung von Frauen in Führungsfunktionen

Die Ausbildung der Frauen als Leitfiguren der politischen Bewegung der OFP beginnt mit einer Pädagogik der Aktion, einer Pädagogik, die aus dem Wissen der als ungebildet angesehenen Bevölkerung entsteht und die die lokalen Gegebenheiten ins Zentrum ihrer kritischen Betrachtung stellt. Frauen sollen gemeinsam Wege finden, ihre Probleme selbst zu lösen und ihre Situation zu verändern. Die Orte des Alltags – das Haus, die Familie, die Nachbarschaft, das Dorf – sollen zu Szenarien des sozialen Wandels werden.

Das Programm für ein würdiges Dach über dem Kopf

Dieses Projekt bietet den Frauen finanzielle Zuschüsse, um ihre Häuser mit Dächern und Sanitäranlagen auszustatten. In einem Kontext, in dem die Menschen aufgrund mehrfacher Vertreibung wurzellos geworden sind und keinen Raum mehr haben, den sie ihr eigen nennen und gegen erneute Vertreibung verteidigen können, bedeutet die Möglichkeit, sich ein „eigenes Heim“ zu schaffen zugleich die Chance, sich zu verwurzeln und eine Identität aufzubauen, damit zugleich eine soziale Zugehörigkeit und einen Zusammenhang wiederherzustellen. Diese Verwurzelung, so die OFP, stärkt die Frauen und Familien, sie werden das verteidigen, was sie sich selbst aufgebaut haben. So wird jedes von einer „OFPera“ gebaute Haus zum sichtbaren Zeichen des Widerstandes inmitten eines paramilitärisch kontrollierten Kontextes.

Ich erinnere mich an eine Begebenheit, als ein ganzer Straßenzug neuer Häuser eingeweiht wurde. Es gab ein großes Fest mit Musik und durch die Lautsprecher schallte Mercedes Sosa's „gracias a la vida“, es wurde getanzt und die Häuser waren mit bunten Fähnchen geschmückt. Nur ein Haus stach noch hässlich hervor in der Reihe neuer Häuser. Der Blick fiel unmittelbar darauf, von dem kleinen freien Platz direkt gegenüber, auf dem die Bewohner der Straße eine Gedenktafel für Diafanor angebracht haben. Diafanor war Tanzlehrer der OFP. Er hatte in dieser Straße gewohnt, bis er vor wenigen Jahren von Paramilitärs ermordet wurde. Der Mörder, den alle kennen, der aber in Kolumbien – eben einem Land mit notorischer Straflosigkeit – nicht belangt wird, wohnt, wie die Frauen der OFP mir erklärten, noch heute in diesem hässlichen Haus, direkt gegenüber der Gedenktafel.

Diese sichtbar gemachte soziale Verurteilung läßt mich fragen, wie lange der Mörder es wohl in dieser Straße noch aushalten wird. Man stelle sich den Triumph vor, wenn die Frauen eines Tages durch ihre friedlichen Mittel, durch Gemeinschaft und Solidarität, mit der sie zugleich eine klare Anklage formuliert haben, die Vertreibung des Mörders erreichen werden.

Das Rechtshilfeprogramm

Die Frauen werden durch das Programm einerseits juristisch begleitet und andererseits über ihre Rechte als Frauen aufgeklärt. So finden Informationen für Frauen statt mit den Themen: Wie kann ich eine Anzeige zur Staatsanwaltschaft bringen? Wobei kann mir das Ombudsbüro helfen? Die Frauen werden aber auch bei Behördengängen begleitet und erfahren politische Unterstützung, wenn es darum geht, Rechtsverletzungen öffentlich anzuprangern.

Die OFP sieht die Verbindung zwischen häuslicher und anderer Gewalt und staatlicher Verantwortlichkeit, wenn sie erklärt:

Toda violencia contra la mujer es violacion de ddhh. Cuando una mujer es golpeada, violada, humillada, torturada, mutilada, es porque la sociedad misma y sus instituciones aun son presas de los modelos autoritarios, antidemocráticos y continuan reproduciéndolos.

Gewalt gegen Frauen ist eine Menschenrechtsverletzung. Wenn eine Frau geschlagen, vergewaltigt, erniedrigt oder gefoltert wird, dann geschieht das, weil die Gesellschaft selbst und ihre Institutionen in einem autoritären, antidemokratischen Modell gefangen sind, das die Gewalt ständig reproduziert.

Sie folgen konsequent der Idee der Frau als autonomes Subjekt:

Seamos nosotras mismas quienes como sujetas políticas reclamemos ante el Estado y la sociedad nuestros

derechos.

Lasst uns selbst die politischen Subjekte sein und gegenüber dem Staat und der Gesellschaft unsere Rechte einfordern.

Deshalb auch sagt die OFP:

Mujer, habla, no te quedes callada. La violencia se nutre con tu silencio. Tu silencio es complice de la violencia.

Frau, sprich, bleib nicht stumm. Die Gewalt nährt sich an deinem Schweigen. Dein Schweigen wird zum Komplizen der Gewalt.

Dieser Ansatz ist heute nicht unproblematisch, spätestens, seitdem auch die Regierung diese Art von Aufrufen benutzt, um die Zivilbevölkerung zu motivieren, sich durch Informantendienste und Denunziantentum im bewaffneten Konflikt zu positionieren, und damit die Zivilbevölkerung dem Risiko aussetzt, zum militärischen Ziel des Gegners zu werden. Angesichts der systemimmanenten Straflosigkeit in Kolumbien macht die OFP daher die individuelle Anzeige nicht zur Bedingung ihrer Unterstützung.

Die Erfahrung der Frauen zeigt, dass die Rechtsverteidigung nicht mit Hilfe des Rechtsstaates, sondern trotz des real existierenden Rechtsstaates erfolgen muss.

Juristische Mittel haben tatsächlich nur eine begrenzte Reichweite. Während einerseits durch juristische Begleitung im Einzelfall die Justizbehörden immer wieder in die Pflicht genommen werden, greift die OFP zugleich auch zu politischen Mitteln und mobilisiert die Frauen auch zu kollektiven Anklagen und Demonstrationen, um die Straflosigkeit nicht nur im Einzelfall, sondern als systematisches Phänomen anzuprangern und Veränderungen über den Einzelfall hinaus auf politischer und institutioneller Ebene zu fordern.